Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XVII
Erster Teil	
Einführung	1
A. Zielsetzung dieses Buches	1
B. Europäische Gemeinschaft oder Europäische Union?	2
C. Überblick über die Amtlichen Veröffentlichungen	2
D. Literatur	3
I. Lehrbücher	3
II. Kommentare/Handbücher	4
III. Text- und Fallsammlungen	5
IV. Zeitschriften	5
E. Internet	6
I. Einführung	6
II. Allgemeine Hinweise zur Recherche im Internet	6
III. Verschiedene Suchstrategien	6
1. Einstieg in eine neue Materie	7
a) Suchmaschinen	7
b) Web-Verzeichnisse	7
2. Recherche in den Datenbanken der EG	8
a) Recherche auf dem EG-Server	8
b) Recherche über alternative Zugänge	8
Zweiter Teil	
Geschichte und Perspektiven der Europäischen Union	9
A. Erste Formen einer Zusammenarbeit in Europa	9
B. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften	10
C. Die Europäische Gemeinschaft zwischen Krise und Fortschritt	II
D. Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	13
E. Der Vertrag von Amsterdam	15
F. Die Konferenz von Nizza	17

G. Der Europäische Verfassungsvertrag vom 18. 6. 2004 und die Zukunft der Europäischen Union	19
H. Die Finanzierung der Gemeinschaft nach der Erweiterung	25

Dritter Teil

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Europäischen Gemeinschaften	27
A. Der EU-Vertrag	27
B. Rechtsnatur der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft	32
C. Das Verhältnis von Unionsrecht und Gemeinschaftsrecht	34
I. Unterscheidung zwischen intergouvernementaler Zusammenarbeit und supranationaler „Vergemeinschaftung“	34
II. Abkehr des EuGH von der Unterscheidung zwischen intergouvernementaler Zusammenarbeit und supranationaler „Vergemeinschaftung“?	35

Vierter Teil

Die Organe der Europäischen Gemeinschaft	41
A. Der Rat	43
I. Zusammensetzung und Rechtsstellung	43
II. Aufgaben und Befugnisse	44
1. Rechtsetzung	44
2. Koordinierung	46
3. Vertretung der Union nach außen	46
4. Haushaltsbefugnis	46
5. Besetzung der Organe	47
6. GASP und PJZS	47
III. Abstimmung und Beschlussfassung	47
B. Die Kommission	51
I. Zusammensetzung und Rechtsstellung	51
II. Aufgaben und Befugnisse	54
1. Kontrolle der Einhaltung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts	54
2. Wahrnehmung eigener Entscheidungsbefugnisse und Beteiligung an den Handlungen des Rates und des Parlaments	54
3. Ausübung der vom Rat übertragenen Durchführungsbefugnisse	55
4. Verwaltungstätigkeit	55
C. Das Europäische Parlament	57
I. Zusammensetzung und Rechtsstellung	57
II. Aufgaben und Befugnisse	57
1. Ausübung von Kontrollrechten	58

2. Beteiligung an der Rechtsetzung	58
3. Beteiligung an der Festsetzung des Haushaltes	60
III. Die Stellung des Parlamentes in der Europäischen Gemeinschaft....	60
D. Der Europäische Gerichtshof und das Gericht erster Instanz	61
I. Organisation des Europäischen Gerichtshofes und des Gerichts erster Instanz	61
1. Der EuGH	62
2. Das EuG	62
II. Aufgaben und ZuständigkeitsVerteilung	63
1. Aufgaben	63
2. Zuständigkeitsverteilung	64
III. Verfahrensfragen	66

Fünfter Teil

Der Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten	67
A. Das Vertragsverletzungsverfahren	68
I. Zulässigkeit	69
II. Begründetheit	70
B. Die Nichtigkeitsklage	73
I. Zulässigkeit	74
II. Begründetheit	78
C. Die Untätigkeitsklage	78
I. Zulässigkeit	79
II. Begründetheit	80
D. Die Amtshaftungsklage	81
I. Zulässigkeit	81
II. Begründetheit	83
E. Das Vorabentscheidungsverfahren	84
I. Zulässigkeit	85
II. Entscheidung des EuGH und Bindungswirkung für die nationalen Gerichte	88
F. Der Erlass einstweiliger Anordnungen	91

Sechster Teil

Rechtsquellen, subjektive Rechte und Rechtsetzung in der Europäischen Gemeinschaft	92
A. Primäres Gemeinschaftsrecht	92
I. Die Gründungsverträge	92
II. Allgemeine Rechtsgrundsätze	93
III. Gewohnheitsrecht	93
IV. Die unmittelbare Wirkung von primärem Gemeinschaftsrecht	93
B. Sekundäres Gemeinschaftsrecht	94

Inhaltsverzeichnis

I. Verordnungen	95
II. Richtlinien	95
1. Umsetzungspflicht der Mitgliedstaaten	96
2. Rechtsfolgen fehlerhafter Umsetzung von Richtlinien	99
a) Richtlinienkonforme Auslegung	99
b) Unmittelbare Direktwirkung von Richtlinien	103
c) Haftung der Mitgliedstaaten für nicht umgesetzte Richtlinien	110
III. Entscheidungen	110
IV. Empfehlungen und Stellungnahmen	111
C. Die Anerkennung subjektiver Rechte in der EG	111
D. Die Rechtsetzung in der EG	115
I. Die Rechtsetzungskompetenzen der EG beim Erlass von sekundärem Gemeinschaftsrecht	115
II. Das Rechtsetzungsverfahren beim Erlass von sekundärem Gemeinschaftsrecht	120

Siebter Teil

Das Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Gemeinschaft	122
A. Die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“	122
B. Die Übertragung staatlicher Kompetenzen an die Europäische Gemeinschaft	123
I. Art. 23, 24 GG	123
II. Die bundesstaatliche Ordnung und die Europäische Gemeinschaft	126
C. Das Verhältnis des Gemeinschaftsrechts zum nationalen Recht	129
I. Der Grundsatz vom Vorrang des Gemeinschaftsrechts	129
1. Rechtsprechung des EuGH	129
2. Rechtsprechung des BVerfG	130
II. Ausgestaltung und Reichweite des gemeinschaftsrechtlichen Vorrangprinzips	131
III. Das Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalen Grundrechten	134
IV. Die Bindung der nationalen Organe an ihr Verfassungsrecht bei der Umsetzung von EG-Richtlinien	139

Achter Teil

Die europäischen Grundrechte	141
A. Notwendigkeit der Gewährleistung von Grundrechten auf europäischer Ebene	141
B. Ansatzpunkte zur Herleitung eines Grundrechtsschutzes in der Europäischen Gemeinschaft	142
I. Das geschriebene Gemeinschaftsrecht	142

II. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze	143
III. Die Verfassungsordnungen in den Mitgliedstaaten	143
IV. Die Europäische Menschenrechtskonvention	144
V. Die EG-Grundrechtserklärungen	144
VI. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	145
C. Der Schutz einzelner Grundrechte	146
I. Das Eigentumsgrundrecht	146
II. Die Berufsfreiheit	148
III. Die Unverletzlichkeit der Wohnung	148
IV. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger	149
1. Struktur des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	149
2. Anwendungsbereich	150
3. Gewährleistungsumfang	152
4. Rechtfertigung	152
a) Geschriebene Rechtfertigungsgründe	152
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	156
5. Adressaten	158
6. Sekundärrechtliche Maßnahmen	158
V. Der Gleichheitsgrundsatz	163
1. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz	163
2. Das Diskriminierungsverbot aufgrund der Staatsangehörigkeit	166
a) Überblick	166
b) Inländergleichbehandlungsgebot gemäß Art. 12 Abs. 1 EG	166
c) Zum Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an sozialen Vergünstigungen	171
d) Sekundärrechtliche Maßnahmen	172
3. Das arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbot des Art. 141 Abs. 1 EG	174
VI. Weitere Grundrechte und grundrechtsgleiche Gewährleistungen	177
1. Weitere Grundrechte	177
2. Grundrechtsgleiche Gewährleistungen	178

Neunter Teil

Die Grundfreiheiten im EG-Vertrag	179
A. Allgemeine Grundfreiheitslehren	179
I. Funktionen und systematischer Überblick	179
II. Anwendungsbereich	180
1. Verhältnis der Grundfreiheiten zum EG-Sekundärrecht	180
2. Persönlicher Anwendungsbereich	182
3. Sachlicher Anwendungsbereich	184
4. Räumlicher Anwendungsbereich	185
5. Bereichsausnahmen	186

III. Gewährleistungsumfang	187
1. Vom Diskriminierungs- zum Beschränkungsverbot	187
2. Inländerdiskriminierung	190
3. Schutzpflichten	191
IV. Rechtfertigungstatbestände	192
1. Schrankenregelungen	192
2. Immanente Schranken	192
3. Europäische Grundrechte	196
V. Adressatenkreis	197
B. Die Freiheit des Warenverkehrs	199
I. Der Anwendungsbereich des freien Warenverkehrs	199
II. Die Zollunion	200
III. Die Warenverkehrsfreiheit i. e. S. - Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten	202
1. Struktur der Warenverkehrsfreiheit	202
2. Auslegung des Begriffs „Maßnahmen gleicher Wirkung“ - Die Warenverkehrsfreiheit als Beschränkungsverbot	203
3. Art. 30 EG und die sog. „Cassis-de-Dijon“-Formel	206
4. Problematik der Verhältnismäßigkeit	207
5. Warenverkehrsfreiheit und Rechtsharmonisierung	209
6. Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen und staatliche Handelsmonopole	211
C. Die Freiheiten des Personenverkehrs	212
I. Gemeinsame Strukturmerkmale der Personenverkehrsfreiheiten. ...	212
II. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	215
1. Die Auslegung des Arbeitnehmer-Begriffs	215
2. Inhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit	217
a) Überblick	217
b) Die Rechte im Einzelnen	217
c) EG-Sozialrecht	221
3. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit als Beschränkungsverbot	222
4. Schranken der Arbeitnehmerfreizügigkeit	223
III. Die Niederlassungsfreiheit	224
1. Struktur der Niederlassungsfreiheit	224
2. Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	224
3. Die Niederlassungsfreiheit als Beschränkungsverbot	227
4. Schranken der Niederlassungsfreiheit	228
5. Niederlassungsfreiheit und nationales Gesellschaftsrecht	228
6. Niederlassungsfreiheit und Rechtsharmonisierung	231
D. Die Dienstleistungsfreiheit	236
I. Struktur der Dienstleistungsfreiheit	236
II. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit	237
III. Die Dienstleistungsfreiheit als Beschränkungsverbot	238

IV. Schranken der Dienstleistungsfreiheit	239
V. Die Dienstleistungsfreiheit und der Export von Sozialleistungen	239
VI. Dienstleistungsfreiheit und Rechtsharmonisierung	241
E. Die Kapital- und die Zahlungsverkehrsfreiheit	243
I. Die Kapitalverkehrsfreiheit	243
1. Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit	243
2. Die Kapitalverkehrsfreiheit als Beschränkungsverbot	246
3. Schranken der Kapitalverkehrsfreiheit	246
4. Die Rolle der Kapitalverkehrsfreiheit bei der Verwirklichung des Binnenmarktes	247
II. Die Zahlungsverkehrsfreiheit	251
 Zehnter Teil	
Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Gemeinschaftsrecht	252
A. Grundlagen	252
B. Haftungsvoraussetzungen	253
I. Mitgliedstaatliche Verletzung einer individualschützenden Gemeinschaftsrechtsnorm	253
II. Hinreichend qualifizierter Normverstoß	255
III. Kausalität zwischen Normverstoß und Schaden	258
C. Haftungsfolgen	258
I. Das Verhältnis zwischen europarechtlicher und nationaler Staatshaftung	258
II. Art und Umfang der Haftung	259
III. Mitverschulden und Vorrang des Primärrechtsschutzes	260
IV. Verjährung	260
V. Passivlegitimation	260
 Elfter Teil	
Die Grundlagen der sonstigen Materien im EG-Vertrag	262
A. Die Harmonisierung von Rechtsvorschriften	263
I. Die Rechtsangleichung im Allgemeinen	263
1. Grundsätzliches	263
2. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	265
II. Privatrechtsangleichung durch Richtlinien am Beispiel des Verbraucherschutzes	270
B. Der Vollzug des Gemeinschaftsrechts	279
I. Der Vollzug von Gemeinschaftsrecht durch Gemeinschaftsorgane	279
II. Der Vollzug von Gemeinschaftsrecht durch Verwaltungsträger der Mitgliedstaaten	279
C. Die Umweltpolitik	282
I. Grundlagen	282

Inhaltsverzeichnis

II. Umweltschutz als „zwingendes Erfordernis“ im Rahmen der Warenverkehrsfreiheit	284
III. Das Verhältnis zwischen Art. 175 EG und Art. 95 EG	285
IV. Neuere umweltrechtliche Maßnahmen	287
D. Die Wettbewerbspolitik	288
I. Kartellrecht	289
1. Das Kartellverbot (Art. 81 EG)	289
2. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 82 EG)	292
3. Zuständigkeitsverteilung beim Vollzug des EG-Kartellrechts.	293
4. Öffentliche Unternehmen (Art. 86 EG)	293
5. Die Fusionskontrolle	294
6. Das Verhältnis zwischen gemeinschaftlichem und nationalem Wettbewerbsrecht	295
II. Staatliche Beihilfen	297
1. Struktur des Beihilfenrechts	297
2. Rückabwicklung gemeinschaftsrechtswidriger Beihilfen nach nationalem Verwaltungsrecht	300
III. Steuern	302
E. Die Landwirtschaft in der EG: Modell einer Marktordnung	306
 Zwölfter Teil	
Die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften	309
A. Grundlagen	309
I. Außenkompetenzen der Europäischen Gemeinschaften	309
II. Unmittelbare Anwendbarkeit völkerrechtlicher Bestimmungen im Gemeinschaftsrecht	310
B. Die Europäischen Gemeinschaften und Welthandelsrecht (WTO/GATT) .	311
I. Überblick über die WTO-Rechtsordnung	311
II. Unmittelbare Anwendbarkeit von WTO-Recht im Gemeinschaftsrecht	313
C. Sonstige völkerrechtliche Abkommen der Europäischen Gemeinschaft ..	315
D. Gemeinsame Handelspolitik	316
 Stichwortverzeichnis	 319